

Aktivität und Erfolg oppositioneller Gruppen

Autor(en): **Steinke, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **69 (1978)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

serungen der Technologie durch besondere Wachsamkeit und Vorsicht der Piloten, Luftverkehrskontrolle und der Hersteller ausgeglichen werden. Statistische Angaben über Zusammenstöße über dem Meer zeigen ein ähnliches Bild. Zwischen den Jahren 1958 und 1974 hat sich die Anzahl der Dampf- und Motorschiffe mit mehr als 100 Bruttoregistertonnen beinahe verdoppelt, jedoch die Anzahl der Zusammenstöße auf dem Meer hat sich kaum verändert.

In diesen zwei Beispielen sehen wir mit bemerkenswerter Stabilität die unmissverständlichen Zeichen einer Rückkopplung. Das Signal, das auf den Kontrollmechanismus wirkt, ist die Häufigkeit der Flugzeugunglücke und Zusammenstöße, da diese Ereignisse in den Zeitungsüberschriften erscheinen. Wenn über ein schweres Unglück in der Luft oder auf dem Meer berichtet wird, dann fängt niemand an, erst einmal auszurechnen, wie viele Passagierkilometer oder -tonnenmeilen seit dem letzten Unglück zurückgelegt wurden.

Für manche Gefahren ist die Schwelle der öffentlichen Billigung natürlich sehr hoch. Raucher kennen das Risiko vom Lungenkrebs, beachten es jedoch nicht trotz aller gegebenen Warnungen. Für andere Gefahren ist die Schwelle sehr niedrig – aber wir wissen nicht warum.

Ich möchte damit sagen, dass es keinen Zweck hat zu versuchen, die Temperatur des Badewassers zu ändern, indem man mit dem Heizapparat schimpft. Bis wir ausfindig gemacht haben, wo der Thermostat sitzt, sind wir hilflos. Bezüglich der Kernkraft und anderen Lebensgefahren verstehen wir die psychologischen und kulturellen Kräfte noch nicht, die

die Schwelle der Annehmbarkeit regeln. Bis wir diese kennen, ist es sehr unwahrscheinlich, dass willkürliche Massnahmen eine dauernde Auswirkung auf die Sicherheit haben. Es ist offensichtlich, dass die annehmbare Schwelle des Risikos für Kernkraft ausserordentlich niedrig – man sollte sagen absurd niedrig – ist. Bis wir jedoch andererseits die Faktoren entdecken, die einen Einfluss auf diese Schwelle haben, können wir nicht viel dazu tun. Vor allem geben wir grosse Summen Geld aus, um die Sicherheit der Kernkraftindustrie zu erhöhen, ohne die geringste Wirkung auf das Ergebnis zu haben. Das ist offensichtlich, wenn man daran denkt, dass die enormen Ausgaben für die Sicherheit der Navigation in der Luft und auf dem Meer keinen Einfluss auf die Anzahl der Unglücke gehabt haben.

Man sieht damit, dass das Problem hauptsächlich eine Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist, nicht im groben Sinne die Bevölkerung zu informieren, sondern Verständnis für ihre Denkweise zu haben und ihr zu helfen, den Problemen der modernen Welt rationell und mit Vernunft entgegenzutreten. Unter diesen Problemen ist die zukünftige Energieversorgung von grundlegender Wichtigkeit. Das Energieproblem können wir nicht lösen, bis wir das damit verbundene Problem der Information gelöst haben, das wesentlich tückischer und komplizierter ist als jegliches andere Problem in der Kernphysik und Reaktortechnologie.

Adresse des Autors

Prof. J. Lenihan, Director of Department of Clinical Physics and Bioengineering, West of Scotland Health Board, 9 West Graham Street, Glasgow G4.

Aktivität und Erfolg oppositioneller Gruppen

Von E. Steinke

Heute werden Kontroversen mit immer heftigeren Mitteln geführt. Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit erfordert deshalb eine Anpassung. Zusätzliche Kontakte mit der Bevölkerung sind nötig. Die Vertreter der Elektrizitätswerke müssen persönlich am Gespräch teilnehmen und darauf vorbereitet sein. In dieser Hinsicht muss neben die Information mit technisch-wissenschaftlichem Inhalt eine stärker mit den Problemen der Menschheit identifizierte Öffentlichkeitsarbeit treten.

1. An den Grenzen unserer Öffentlichkeitsarbeit?

Das Auftreten oppositioneller Gruppen bestimmt die Auseinandersetzung um die Energieversorgung in unseren Ländern heute fast ebenso stark wie die sachlichen Probleme. Mit immer härteren Mitteln werden in den westlichen Demokratien, die eine offene Diskussion über alle Lebensfragen führen, Gruppeninteressen vorgebracht. Der neue Partikularismus ist unterschiedlicher Herkunft. Mitunter steigert er die Auseinandersetzung um die Energieversorgung zur Schärfe eines Religionskrieges.

Mit den gewaltsamen Aktionen von Kraftwerkgegnern verlagert sich die Verantwortung für die Sicherung der Energiegrundlage immer mehr in die Hände der Politiker. Damit sind die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft deutlich eingegrenzt. Sie müssen neu überdacht werden. Wir sollten die Wurzeln der neuen Konflikte untersuchen und unsere bisherige Arbeit überprüfen, um neue Ansatzpunkte zu finden. Dazu gehört auch die kritische Frage,

Les controverses sont actuellement menées avec toujours plus de véhémence. D'où la nécessité d'adopter une nouvelle stratégie pour les relations publiques. Il faut communiquer davantage avec la population. Ceux qui représentent les entreprises d'électricité doivent participer personnellement au dialogue et y être préparés. Et l'information sur le plan technique et scientifique doit se compléter par des relations publiques empreintes de plus de compréhension pour les préoccupations des hommes.

inwieweit in der aktuellen Diskussion ein Mehr an Informationen tatsächlich hilft. Die vielen irrationalen Elemente in der Auseinandersetzung um Energie und Kernkraftwerke sollten uns aufhorchen lassen. Nach all der Informationsarbeit der vergangenen Jahre machen sie erneut deutlich, dass Information allein Konflikte in der Gesellschaft nicht verhindern kann. Dies ist gewiss keine Frage der Höhe unserer PR-Etats.

Dieses Papier über oppositionelle Gruppen und die Elektrizitätswirtschaft geht zwar von den deutschen Erfahrungen aus. Sie sind aber ohne Zweifel in vielen Punkten auf andere Länder übertragbar. Die 62 Millionen Einwohner – oder Stromverbraucher – der Bundesrepublik Deutschland sind zum grossen Teil durch ihren Arbeitsalltag oder ihren Wohnort an industrielle Nachbarschaft gewöhnt. Zugleich müsste die Mehrheit auch begreifen, wie notwendig eine ausreichende Energieversorgung für die wirtschaftliche Existenz aller ist. Ähnliche Grundvoraussetzungen gelten in vielen Gebieten Europas. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit zwingen jedoch

zu der skeptischen Frage, ob der Wissensstand der breiten Masse, der schweigenden Mehrheit, in der Auseinandersetzung mit oppositionellen Gruppen wirklich bedeutsam ist.

2. Diskussion zum Umweltschutz

Wir erleben gegenwärtig den zweiten Schub der Diskussion über den Umweltschutz. In den sechziger Jahren und zu Beginn der siebziger Jahre ging es in Phase I meistens um Notwendigkeit, Nutzen und Kosten des Umweltschutzes. Für die Elektrizitätswirtschaft waren damit vor allem die Themen Kühlwasser, Luftreinhaltung und der Bau von Freileitungen im Vordergrund. Auch die ersten Kernkraftwerke lösten noch keine breite Widerstandswelle aus. Dann kam der Schock der rapide erhöhten Ölpreise, die nachfolgende Rezession und die wachsende Einsicht, dass Umweltschutzmassnahmen viel Geld kosten und angesichts des gewünschten Wirtschaftswachstums nur unter Kompromissen denkbar sind.

Dies alles hat die öffentliche Debatte eine Zeitlang gedämpft. Sie brach in Deutschland um so heftiger aus, als das Energieprogramm der deutschen Bundesregierung mit den beiden Schwerpunkten «mehr Unabhängigkeit von Ölimporten» und «konsequenter Ausbau der Kernenergie» den nuklearen Umweltschutz zum Hauptthema der Umweltschutzdebatte machte.

Die Inflation an Interessengruppen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden wird sich mit der Zahl neuer Kraftwerke fraglos weiter vermehren. In der Bundesrepublik sind gegenwärtig 13 Kernkraftwerke (6400 MW) in Betrieb, 11 weitere (9000 MW) sind im Bau, 2 weitere (2700 MW-Wyhl, Brokdorf-) sind genehmigt, und 8 weitere (10000 MW) befinden sich mitten im Genehmigungsverfahren. In der öffentlichen Elektrizitätserzeugung hat die Kernenergie einen Anteil von 9%. Heftigen Widerstand gibt es aber auch an acht verschiedenen Standorten gegen den Bau von Kohlekraftwerken.

Betrachten wir das Gebiet der Europäischen Gemeinschaft, dann sind nach Brüsseler Veröffentlichungen innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte über 100 Standorte für Kernkraftwerke erforderlich. Daneben müssen natürlich auch weiterhin konventionelle Kraftwerke gebaut werden.

Damit vervielfältigen sich die Konfliktmöglichkeiten. Die Vielzahl neuer Standorte verlangt zugleich erhöhten Einsatz in der Öffentlichkeitsarbeit. Ob sie dezentral und am Standort orientiert sein sollte oder mehr überregional, hängt insbesondere davon ab, an welchen Stellen die stärksten Widerstände auftreten.

Oppositionelle Gruppen bilden sich im institutionellen und nicht institutionellen Bereich:

Durch gewaltsame Widerstandsaktionen gegen Standorte, Kraftwerke oder Entsorgungsprojekte sind die Bundesregierung, die Regierung einzelner Bundesländer und kommunale Behörden zunehmend direkt bei Einzelvorhaben eingeschaltet. Das Interesse, örtliche Konflikte zu vermeiden, lässt sich oft nicht mit dem allgemeinen Ziel von Bund und elf Länderregierungen vereinbaren, die Energiebasis langfristig auch durch Kernkraftwerke zu sichern. Weitere Regionalinteressen verwirren. Nordrhein-Westfalen entfachte zu Lasten des Kernenergieausbaus eine Diskussion über mehr Kohlekraftwerke und Brennstoffpreise.

In der Bundesrepublik besteht noch keine spezielle «grüne» Partei wie in Frankreich. Alle drei grossen Parteien (Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale) haben engagierte

«grüne» Politiker. Sie versuchen, die Spannung zwischen spontanen Bürgerinitiativen und etablierten Parteien zu überbrücken. Die Verlockung, regional Wählerstimmen durch Widerstand gegen bestimmte Kraftwerkvorhaben zu sammeln, besteht überall. Bisher hat das Thema Energie und Kraftwerkbau bei Wahlkampagnen noch keine überregionale Rolle gespielt. Jede der drei Parteien hat aber bereits einen Umweltschutzpolitiker als Gallionsfigur, der überall als Redner gegen Kraftwerkvorhaben auftritt.

Die Öffentlichkeit wird dadurch verwirrt, dass die Landes- und Ortsverbände der in Bonn regierenden beiden Parteien dem Zentralen Regierungsprogramm ihrer Parteien oft demonstrativ widersprechen.

Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften begannen sich nur zögernd für die Energieprobleme zu engagieren.

Erst der Ruf nach Baustopps und die tatsächliche Verzögerung bei zahlreichen Projekten rückte die Gefahr für Beschäftigung und Arbeitsplätze ins Bewusstsein. Bei Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften bildete sich ein umfangreiches Potential positiver Stimmen für die Sicherung der Energieversorgung heraus. Denn die Gesamtverantwortung für Beschäftigung, für Sicherung der Einkommen und eine umfassende Lebensqualität zwingt zur nüchternen Betrachtung. Die Kraftwerklieferanten haben darauf hingewiesen, dass über 200000 Arbeitsplätze bei einem länger anhaltenden Baustopp für die neuen Kraftwerke unmittelbar bedroht sind. Die Bergbaugewerkschaft rechnet ebenfalls das Beschäftigungsrisiko vor.

2.1 Massenmedien

Bei allem Respekt vor der Freiheit der Presse ist festzustellen, dass die Kritiker der Elektrizitätswirtschaft in den einzelnen Massenmedien unterschiedlich verteilt sind. In den lokalen und überregionalen Zeitungen findet sich eine grosse Meinungsvielfalt. Ähnliches gilt für die meisten grossen Rundfunkprogramme. Oft einseitig kritisch ist die Tendenz der staatlichen Fernsehstationen. Dieser Trend wurde weder durch die unzähligen TV-Diskussionen verändert noch durch eine stattliche Anzahl renommierter Wirtschafts- oder Wissenschaftsjournalisten. Anders als Presse und sogar Rundfunk hat das Deutsche Fernsehen die politischen Dimensionen ökonomischer Entwicklung lange Zeit nicht erkannt. Berichte aus Wirtschaft und Technik, einschliesslich der Thematik Energie, erhielten ungünstige Sendezeiten und wurden oft von nicht ausreichend kompetenten Journalisten gemacht. Seit dem Ölschock 1973, seit Energie- und Wirtschaftsfragen intensiver beachtet werden, versuchen auch am Bildschirm viele politische Journalisten, in diesem Themenfeld vor allem progressiv zu erscheinen.

2.2 Umweltschutzverbände und Bürgerinitiativen

Im Brennpunkt des Themas «oppositionelle Gruppen» stehen die Bürgerinitiativen. Sie formieren sich aus Protest gegen ein bestimmtes Projekt, arbeiten mit ähnlichen Gruppen oft überregional zusammen und stellen ihre Forderungen ohne jede Gesamtverantwortung partikular. Das bringt sie in Gegensatz zu den demokratisch legitimierten Parteien. Dennoch finden Bürgerinitiativen laut Meinungsumfragen im breiten Publikum durchaus Sympathie. In der Bundesrepublik besteht seit fünf Jahren ein Bundesverband dieser Gruppen in Karlsruhe, dem nach eigenen Angaben 900 Initiativgruppen mit etwa 300000 Organisierten angehören sollen.

In den Bürgerinitiativen fallen insbesondere drei Gruppen auf: Idealistisch gesonnene Bürger, Profilsüchtige auf der Suche nach öffentlicher Beachtung und politisch Radikale. Für die Resonanz der Bürgerinitiativen und ihre nach oben drängenden Sprecher ist die Struktur westlicher Massenmedien wichtig. Das starke Bestreben des heutigen Journalismus, jeden Bericht auf Personen bezogen zu schreiben, verlangt nach Protestfiguren.

Für Rundfunkreportagen und Fernsehfilme sind sie fast unerlässlich.

Die allgemeinen Natur- und Umweltschutzverbände bieten den örtlichen Initiativen starken Rückhalt und organisatorische Verbindungen. Sehr wichtig für die Existenz und Dauerhaftigkeit ist erfahrungsgemäss die Nachbarschaft zu Universitäten. Sie bietet grosse Gruppen mobiler, engagierter junger Leute, die von üblichen Arbeitszeiten oft unabhängig und diskussionserprobt örtlichen Versammlungen das Rückgrat geben und auch Flugblätter verfassen und verteilen. Viele der kommunikativen Aktivitäten stellen die Phantasie berufsmässiger PR-Leute weit in den Schatten. Für spektakuläre Massnahmen sind die Massenmedien überdies wesentlich aufgeschlossener als für die ernsthaften und trockenen Gegenargumente.

Nach den Erfahrungen in der Bundesrepublik kommen vor allem durch die benachbarten Universitäten radikale Tendenzen in Protestbewegungen. Manchmal, wie im Fall von Brokdorf und der nicht weit entfernten Universität Bremen, wird die ideologische Unterwanderung offen verkündet.

2.3 Politisch radikale Gruppen

Die Szene der politisch Radikalen ist für die Informations- und Kommunikationsarbeit der Elektrizitätswirtschaft praktisch nicht erreichbar. Wir sollten uns aber fragen, in welcher Form man auf radikale Aktionen und Flugschriften eingehen sollte. In der Bundesrepublik sehen wir uns gegenwärtig allein vier untereinander zerstrittenen und teils gewalttätigen kommunistischen Splittergruppen gegenüber. Dazu kommen die mit engen Beziehungen nach Ost-Berlin ausgestatteten Kommunisten, die von den anderen Gruppen angefeindet werden, weil sie etwa gegen das kapitalistische Kernkraftwerk Brokdorf an der Elbe marschieren und das einige hundert Kilometer stromaufwärts geplante ostdeutsche Kernkraftwerk Stendal fabelhaft fortschrittlich finden.

Die ideologischen Flugblätter der Radikalen wurden von den deutschen Elektrizitätswerken bisher weitgehend ignoriert. Falsche Behauptungen oder Beleidigungen wurden möglichst nicht durch Prozesse beantwortet, um die Resonanz der Splittergruppen nicht öffentlich zu vergrössern. Nicht zu ignorieren sind aber drohende Gewalttätigkeiten. Sie sind meist angelegt, um die Polizei zu provozieren und eventuell Märtyrer aus den eigenen Reihen zu schaffen. Die Taktik der betroffenen EVU, im Fall Brokdorf, dokumentarisch Fotos und Presseberichte über die Brutalität der Demonstranten in der ganzen Bundesrepublik unverzüglich bei Massenmedien und «opinion-leaders» zu verbreiten, hat nicht verhindert, dass im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik die Sicherungsmassnahmen der Polizei standen.

2.4 Kirchen

Eng verbunden mit Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden findet man in der Bundesrepublik die Kirchengemeinschaften. Vor allem evangelische Pastoren haben sich stark in die öffentliche Auseinandersetzung eingeschaltet. Das

starke Engagement der Geistlichen in technischen und ökonomischen Fragen unterstützt die irrationalen Züge der Diskussion. Die zahlreichen Bildungseinrichtungen der Kirchen bieten allerdings auch Chancen für eine Diskussion mit der Elektrizitätswirtschaft.

2.5 Rechtswesen

Durch die Protestbewegung gegen Kraftwerkbauten werden die Gerichte in der Bundesrepublik in eine zwiespältige Rolle gedrängt. Nach deutschem Recht ist die erste formale Station eines Protestes gegen eine amtliche Genehmigung ein Verwaltungsgericht. Die Verwaltungsrichter müssen damit in den Genehmigungsverfahren energiepolitische Entscheidungen treffen, die eigentlich in den Parlamenten fallen müssten. Bei den Einspruchsverfahren sprechen oft mehrere Dutzend Gutachter und Gegengutachter für und wider ein Projekt, was in der Öffentlichkeit eher verwirrt als aufklärt. Durch die Vielzahl der Gutachten ist der Aussagewert von Gutachtern ohnehin abgewertet.

3. Der Hintergrund der Oppositionswelle

Wer die plötzlich anschwellende Kritik an der Elektrizitätswirtschaft verfolgt, sollte nach den Gründen fragen. Die vorgebrachten Einwände erstrecken sich nicht auf neue Probleme. Denn

- die unvollkommene Art von Energiebedarfsprognosen,
- der allzu sorglose Umgang mit der Energie,
- die Gestaltung der Stromtarife,
- die Kühlwasserprobleme,
- die Fragen der Luftreinhaltung und vieles andere liefert seit Jahren Diskussionsstoff.

Selbst das Thema Kernenergie ist angesichts von derzeit 13 funktionierenden Kernkraftwerken in der Bundesrepublik kaum als neu zu bezeichnen.

Die Eskalation ist wohl durch andere Umstände bedingt, die im Gebiet der Massenpsychologie und Soziologie angesiedelt sind. Für die Öffentlichkeitsarbeit stellt sich dabei die Frage, ob die neue Ausgangslage auch neue Methoden und Wege erforderlich macht.

Bei einer Arbeitstagung deutscher und schweizerischer PR-Fachleute aus der Elektrizitätswirtschaft stellten sich kürzlich vor allem fünf Hintergrundmotive für die heftige Reaktion oppositioneller Gruppen heraus:

- Viele Menschen stehen ihrer eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ratlos und *verunsichert* gegenüber. Sie fühlen sich ausgeliefert.
- Der hohe Abstraktionsgrad in der technischen Entwicklung ist auch für gebildete Laien *unverständlich* und unheimlich. Mit dem Fortschritt der Naturwissenschaft werden immer häufiger gesicherte Erkenntnisse korrigiert. Die Vertrauenswürdigkeit von kompetenten Gutachtern ist durch die wissenschaftliche Kontroverse bei der Beurteilung der Kernenergie gestört.
- Die Undurchschaubarkeit vieler staatlicher und industrieller Entscheidungsprozesse gibt vielen Menschen das Gefühl der *Machtlosigkeit*. Das Denkmodell «die da oben – wir hier unten» wird von den Systemüberwindern zum Schüren von Misstrauen in Bürgergruppen genutzt.
- Das überschwappende Informationsangebot in Fernsehen, Rundfunk und Presse weckt *Ängste* (good news are bad news) und baut sie nicht ab.

– Der hohe Lebensstandard mit seinem reichen Güter- und Leistungsangebot erreicht in vielen Bereichen Sättigungsgrenzen. Das *Sättigungsgefühl* und die Hinwendung zu neuen Bedürfnissen setzen nicht nur Befriedigung, sondern auch diffuse Angst frei.

Bei einer derart komplexen Grundstimmung bedarf es nur eines Auslösers, um vorhandene Angst und Aggression abzuleiten. Offenbar stellen die Kernkraftwerke ein Objekt dar, auf welches diese diffusen Gefühle projiziert werden.

Die von der Elektrizitätswirtschaft geleistete PR-Arbeit richtete sich bisher vornehmlich an den Verstand. Unsere Devise lautete: umfassend und sachlich informieren, ob in Druckschriften, Filmen, Vorträgen, Informationszentren oder der allgemeinen Pressearbeit. Doch berücksichtigen wir damit die so stark emotionalisierten Teile der Gesellschaft?

In einer Situationsanalyse über Kernenergie und öffentliche Meinung verglich der deutsche Sozialwissenschaftler Professor Röglin unsere Informationsbemühungen mit der Psychologie am Krankenbett: Nur wenige Patienten überwinden ihre Angst am Vorabend einer Operation, wenn man ihnen die perfekte Technik des Operationssaales erklärt. Zuversichtliche und trostreiche Worte einer freundlichen Krankenschwester sind dagegen ein erprobtes Mittel.

4. Aufgabenstellung

Neben den bisherigen Informationsmethoden mit technisch-wissenschaftlichem Inhalt, die sicher auch in Zukunft erforderlich bleiben, erscheint es ratsam, unsere PR-Arbeit stärker zu emotionalisieren.

– Wir müssen die Probleme, insbesondere das Thema Kernenergie, «vermenschlichen», damit sich die Angespro-

chenen mit den Themen identifizieren können. Die bestehenden unbestimmten Zukunftsängste sollten nicht durch irgendwie drohende Argumente unsererseits verstärkt werden. Es geht um Vertrauen, nicht um Angst.

– Nach genauer Analyse der oppositionellen Gruppen sollten wir versuchen, die Konfrontation gegenüber gesprächsbereiten Gruppen abzubauen. Dazu gehört die Bereitschaft der Elektrizitätswerke, sich nicht provozieren zu lassen und auch den positiven Ansatz in den Bürgerinitiativen zu erkennen.

– Alle politisch Radikalen sollten wir durch entlarvende Aussagen von den eigentlichen Bürgerinitiativen zu trennen suchen, um die Solidarisierung abzubauen.

Diese Wege erfordern zusätzliche Kontakte mit Multiplikatorgruppen (Journalisten, «opinion-leaders») und mit der breiten Öffentlichkeit. Noch mehr Vertreter unserer Unternehmen müssen an dem Gespräch mit der Öffentlichkeit teilnehmen und darauf vorbereitet sein. Die Erfolgskontrolle wird zunächst sicher schwerfallen. Denn trotz allen Anstrengungen werden wir mit Protesten leben lernen müssen. Noch ist es bei Intellektuellen, an Universitäten und in den Massenmedien Mode, das Wirtschaftswachstum, die Industrialisierung, die Konsumgesellschaft und ihren Energiebedarf anzugreifen. Vielleicht finden sie alle in den nächsten Jahren auf ein normales Mass zurück. Denn die Prognosen wichtiger Zukunftsforscher, so der Club of Rome, Wassily Leontieff und Hermann Kahn entdecken wieder hoffnungsvolle Züge.

Adresse des Autors

E. Steinke, Dipl.-Volkswirt, Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft, Stauffenbergstrasse 26, Berlin 1.

L'information du public sur les possibilités des différentes sources d'énergie

Par J. Broulhiet

Der Autor geht den Gründen nach, die die Öffentlichkeitsarbeit nötig machen. Das Feld der Informationstätigkeit der Elektrizitätswirtschaft ist sehr weit und reicht über Wissenschaft und Technik, Wirtschaftlichkeit, Energiefragen, Politik, Soziologie bis zur Ökologie. Allen diesen Fragen hat sich die Elektrizitätswirtschaft zu stellen und kooperativ über die Landesgrenzen hinweg Lösungen zu suchen.

1. Pourquoi une information sur les sources d'énergie par les électriciens ?

Contrairement à la plupart des produits consommables dont la qualité dépend étroitement des ingrédients qui les composent, l'électricité est un produit secondaire dont la qualité d'usage est indépendante de ses constituants primaires. Ainsi, on pourrait penser a priori que le public se soucie peu des origines de l'électricité qu'il consomme; effectivement les analyses d'opinion montrent qu'en France EDF conserve une image très forte de distributeur qui relègue au second plan celle du producteur.

Mais une évolution se dessine dans l'opinion sous l'influence de groupes agissants, ou plus généralement sous la poussée de

L'auteur étudie les raisons qui amènent à la nécessité de pratiquer des relations publiques. Le champ des activités d'information déployées par l'économie électrique est très étendu, puisqu'il comprend des aspects relatifs à la science, à la technique, à la rentabilité, aux questions énergétiques, à la politique, jusqu'à la sociologie et l'écologie. L'économie électrique doit faire face à toutes les questions relevant de ces domaines et chercher des solutions même par-delà les frontières du pays.

l'intérêt manifesté par la Société contemporaine pour les problèmes essentiels de notre temps et son désir de participer à la recherche des solutions. Il est caractéristique que dans plusieurs pays ce soient précisément des associations de consommateurs qui à travers l'énergie nucléaire, aient suscité le débat public sur les sources d'énergie utilisées pour la fabrication de l'électricité. Il est donc important que les électriciens suivent attentivement l'évolution des esprits et participent à l'information sur les sources d'énergie.

Cependant, bien que l'électricité puisse naître de toutes les sources primaires d'énergie, et que certaines d'entr'elles comme l'hydraulique et le nucléaire aient l'obligation de recourir au vecteur électricité, les combustibles sont par contre utilisés